

Bundespräsidentin Viola Amherd: Absteigerin des Jahres

Der gewitzten Bundespräsidentin Viola Amherd will nichts mehr gelingen.

Von Hubert Mooser

Es gibt eine Momentaufnahme während des diesjährigen Bundesratsreisli, die mehr über Bundespräsidentin Viola Amherd aussagt, als ihr wohl lieb ist: Sie hatte ihre Kollegen in ihre Heimatstadt Brig eingeladen; im Garten des prachtvollen Stockalperschlosses gewährte sie dann auch dem lokalen Sender Canal 9 ein kurzes Interview. Als sie dabei gefragt wurde, was sie sich als Bundespräsidentin vorgenommen habe, antwortete sie, sie wolle für eine gute Atmosphäre in der Landesregierung sorgen und dafür, dass «wir vertrauensvoll miteinander umgehen können».

Irritierendes Detail: Die Sonnenbrille behielt sie dabei ständig auf – obwohl es als unhöflich gilt, bei einem Gespräch den Blickkontakt zu verwehren. Menschen schummeln gerne, wenn man ihnen nicht in die Augen sehen kann, heisst es unter Psychologen. Dieses Bonmot hat Amherd ungewollt bestätigt, als sie ihre Bemühungen für ein gutes Arbeitsklima im Bundesrat schilderte. Tatsächlich tat sie als Präsidentin nämlich bisher genau das Gegenteil.

Kalter Krieg mit KKS

So verheimlichte sie lange Zeit ihre wahren Absichten bei der Armeefinanzierung und liess Finanzministerin Karin Keller-Sutter und die anderen Bundesratskollegen im Glauben, sie trage das Sparprogramm mit. Konkret hatte sie in einen Deal mit der Finanzministerin eingewilligt, die Armeeausgaben langsamer auf 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) wachsen zu lassen. Doch vor der Sommerpause fiel sie Keller-Sutter in den Rücken. Sie stellte den Antrag für einen Zehn-Milliarden-Fonds zugunsten der Armee und brach die Abmachung mit der Finanzministerin. Seither herrscht zwischen den beiden kalter Krieg.

Die Geschichte um die Armeefinzen ist charakteristisch für die Walliser Mitte-Politikerin. Sie kämpft selten mit offenem Visier. Vieles läuft hinten herum über verschlungene Kanäle und Frauenseilschaften, die von ihrer allgegenwärtigen Beraterin Brigitte Hauser-Süess gepflegt werden.

Ihr grosser Plan als Bundespräsidentin betrifft die Anbindung der Schweiz an die EU-Institutionen und unter die Fuchtel des Europäischen Gerichtshofes über den Rahmenvertrag 2.0, der aktuell noch verhandelt wird. Wenn es knorzt, greift sie zum Telefonhörer, um sich mit ihrer Freundin, EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen, kurzzuschliessen. Ihr Informationschef bestätigt, dass Amherd sich 2024 fünf Mal mit der EU-Chefkommissarin getroffen und zwischendurch mehrere Telefonate mit ihr geführt hat.

Sie kämpft selten mit offenem Visier. Vieles läuft hinten herum über verschlungene Kanäle.

Dass es nicht gut herauskommt, wenn Viola Amherd mit dem Ausland redet, hat sie in der Vergangenheit bewiesen. Immer dann, wenn sie von einer

Sicherheitskonferenz oder einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zurückkehrte, verkündete sie exakt das als oberste Schweizer Maxime, was das Ausland von ihr verlangte. Etwa die Lockerung unseres Kriegsmaterial-Exportregimes, um die Weitergabe von Schweizer Waffenexporten an die Ukraine zu ermöglichen, und eine flexiblere Handhabung der Neutralität, die laut Amherd ohnehin niemand verstehe.

Das Projekt, das sie und ihre Generäle unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges ausheckten – nämlich die Schweiz ins Sicherheitssystem der EU zu integrieren, die Streitkräfte der Nato zu unterwerfen und unsere Neutralität zu schleifen –, nimmt langsam Konturen an. Mit dem neuen Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos) und einem wohlgefälligen Staatssekretär schuf sie eine Einrichtung für die künftigen engeren militärischen Beziehungen zum Ausland. Die von ihr bereits 2023 unterzeichnete Absichtserklärung, sich dem Luftverteidigungssystem European Sky Shield anzuschliessen, war ein weiterer Schritt auf dem Schleichweg in die Nato.

Am 21. August 2024 gab der Bundesrat die Teilnahme der Schweiz an zwei Projekten der Permanent Structured Cooperation (PESCO) der EU bekannt. Damit will Amherd die Ausbildung von Truppen mit EU-Streitkräften und gemeinsame Cyberabwehrübungen mit EU-Staaten ermöglichen. Der Öffentlichkeit verschwiegen wurde, dass die Verteidigungsministerin in ihrem Aussprachepapier nebenbei erwähnte, dass auch die Ukraine am Cyberprojekt teilnehmen möchte, dies aber mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sei, wie der Tages-Anzeiger berichtete.

Spiel mit der Sicherheit des Landes

Die SVP brachte Amherds versteckte Agenda treffend auf den Punkt, als sie in einer Mitteilung kritisierte, mittels Salomitaktik würden Sachzwänge geschaffen, der Bevölkerung jedoch vorgegaukelt, es handle sich um eine harmlose Zusammenarbeit auf technischer Ebene. Bisher betonte die Verteidigungsministerin auch gerne, das derzeitige Neutralitätskonzept biete genügend Spielraum für die künftige engere Zusammenarbeit mit Nato und EU.

Tatsächlich will Amherd unserer bewährten Neutralitätspolitik den Stecker ziehen – und dies erst noch in Krisenzeiten. Das zeigte sich in den letzten Tagen, als die von ihr eingesetzte Studienkommission im Beisein der Bundespräsidentin den Medien ihren tendenziösen Bericht präsentierte. 100 000 Franken hat die Studie laut VBS gekostet, die Amherds «Outsourcing» der Landesverteidigung irgendwie legitimieren soll. Kurz zusammengefasst lauten die brisantesten Punkte: Die Neutralität soll flexibler ausgestaltet werden; weniger Restriktionen bei Rüstungsexporten; die Schweiz soll eine enge Verteidigungskooperation mit der Nato und den EU-Militärstrukturen eingehen.

Für Kritiker aus dem konservativen Lager spielt Amherd mit der Sicherheit unseres Landes. Die Feinde der Nato und der EU würden dadurch automatisch auch zu unseren Feinden. SVP-Ständerat und Sicherheitspolitiker Werner Salzmann empfindet die Planspiele der Verteidigungsministerin gar als einen Leerlauf: «Die Neutralität ist in der Schweiz unumstritten. Und das wir interoperabel und in einem Kriegsfall, wenn die Neutralität hinfällig wird, mit den Nachbarstaaten und der Nato kooperieren, ist selbstverständlich. Dazu braucht es keine Anpassungen.»

Statt mit grossem Eifer das Andocken an Nato und EU voranzutreiben, hätte sie besser endlich die vollständige Ausrüstung der Schweizer Armee bewerkstelligt. Auch nach fünfeinhalb Jahren unter Amherd sind immer noch bloss ein Drittel der Streitkräfte verteidigungsfähig. Das Regnum der Oberwalliserin im VBS ist eine spektakuläre Abfolge von Fehlern, Flops und Fauxpas.

Das Debakel um Schutzmasken, die Vetternwirtschaft bei der Besetzung von Stellen, der Panzerflop bei der staatlichen Rüstungsschmiede Ruag, Aufruhr beim Nachrichtendienst, die verpatzte Ernennung des neuen Staatssekretärs für Sicherheitspolitik – um nur einige Beispiele aufzuführen –, haben ihr Image angekratzt.

Nach fünfeinhalb Jahren sind immer noch bloss ein Drittel der Streitkräfte verteidigungsfähig.

Als sie letzten Dezember mit einem unterdurchschnittlichen Resultat Bundespräsidentin wurde, werteten dies Beobachter als Retourkutsche für all ihre Pleiten und Pannen. Doch die Frohnatur aus Brig nahm es gelassen. Schlagfertig wie immer gab sie auf entsprechende Fragen zurück, einige ihrer Vorgänger seien schliesslich noch schlechter gewählt worden. Der Start ins Präsidentschaftsjahr missriet allerdings komplett: Zu Beginn des Jahres gab es ein wochenlanges Gezerre um die Armeefinancen. Korpskommandant Thomas Süssli bestätigte vor den Medien finanzielle Engpässe. Amherd, zu der Zeit in Estland auf Dienstreise, wies ihren Armeechef via Medien zurecht und dementierte eine finanzielle Klemme beim Militär.

Hartnäckige Rücktrittsgerüchte

Wenig später kam die Eidgenössische Finanzkontrolle in einem Bericht zum Schluss, dass die Rüstungsschmiede des Bundes, die Ruag, beim Geschäft mit Leopard-Panzern Regeln gebrochen hatte. Der Verwaltungsratspräsident des Unternehmens musste den Hut nehmen, während der damalige Grünen-Chef, Balthasar Glättli, Amherd wegen dieser Affäre einen Teil des VBS wegnehmen wollte. Das sind ganz neue Töne, zumal die Grünen die Walliserin als Erste als Bundesratskandidatin in Stellung brachten.

Seit Beginn ihres Präsidentschaftsjahres begleiten sie auch hartnäckige Spekulationen über einen Rücktritt auf Ende des Jahres. Dies stellte sie in einem Interview mit dem Schweizer Fernsehen SRF zum 1. August aber in Abrede. Ihr etwas bizarres Dementi lautete: «Ich habe keine Zeit gehabt, mir Gedanken zum Rücktritt zu machen.» Erst auf Nachfrage gab sie endlich kurz und klar zu verstehen: «Ich werde nicht zurücktreten.» Es spricht allerdings nicht unbedingt für Amherd, wenn man nach fünfeinhalb Jahren im Amt bereits allenthalben als Rücktrittskandidatin gehandelt wird.

Als bisheriges Glanzlicht ihrer Präsidentschaft wertete SRF in einer Zwischenbilanz im Sommer die internationale (Un-)Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock – obwohl diese eher einem Schlag ins Wasser gleichkam. Das Meeting war zuerst als Friedenskonferenz angepriesen worden, später hiess es wegen der Absenz Russlands, man wolle einen Friedensprozess anstossen. Geredet hat man schliesslich über nukleare Sicherheit, sichere Transportwege für Lebensmittel und verschleppte Kinder. Man konnte sich nicht einmal auf eine Schlusserklärung

einigen. In Erinnerung bleiben wird vom Meeting höchstens das Bild, wie Amherd beim Fototermin der geladenen Staatsoberhäupter wie ein Schulmädchen plötzlich aus der Reihe tanzte. Aber so ist sie eben, die Schweizer Bundespräsidentin.

<https://weltwoche.ch/story/absteigerin-des-jahres/>